Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 27. März 1928
Dienstag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Bergmann 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ“ erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R M in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt * Das neue Buch
Kraft und Stoff * Weltverkehr
Wirtschaft und Recht

Bankkonto Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R M je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang
27. 3. a Nr. 148 10 Pfennig

Zum Tage

Die sowjetrussisch-polnisch-deutsche Eisenbahnkonferenz in Leningrad hat mit völliger Einigung mit Ausnahme der Tariffrage geschlossen.

*

Die Sowjetregierung hat den Beitritt zum Pekinger Abkommen über Verbot der Masseneinfuhr nach China abgelehnt.

*

Der Befehlshaber der russischen Baltikumflotte während des Krieges, Admiral Skalowsky, ist in Antibes gestorben.

*

Die jugoslawische Skupschtina hat den Staatsvoranschlag für 1928/29 mit 193 gegen 11 Stimmen angenommen.

Die Vorgeschichte der englischen Abrüstungsnote

sx. **London**, 27. 3. (Eigenbericht)

Ueber die Vorgeschichte der englischen Note an die Washingtoner Signatarmächte erfahre ich an zuständiger Stelle, daß die Uebergabe einer solchen Note erst in letzter Stunde beschlossen worden ist und nicht zu den ursprünglichen Informationen Lord Cushenduns gehörte. Das Verdienst, diese Note ans Tageslicht gebracht zu haben, fällt Litwinow und der amerikanischen Presse zu. Nachdem Litwinow in seiner großen Rede der englischen Politik den Vorwurf gemacht hatte, praktisch noch nichts für die Abrüstung getan zu haben, erhielt Lord Cushendun die telegraphische Anweisung, in seiner Antwortrede eine Statistik über die englischen Abrüstungen nach dem Kriege zu geben und gleichzeitig das von England auf der vorjährigen Dreimächtekonferenz gemachte Angebot zu wiederholen. Lord Cushendun hat dies auftragsgemäß Mitte der vorigen Woche getan. Es stellte sich aber heraus, daß die amerikanischen Journalisten auf der Pressetribüne in Genf, die unter dem von Cushendun vorgebrachten Material erstickten, den für die Engländer wichtigsten Punkt überhört hatten. Die gleiche Erfahrung hatte ein paar Tage vorher hier in London die Admiralität gemacht, als der Marinesekretär in seiner Etatsrede Amerika die Einstellung des Kreuzerbaues anbot, ohne daß diese Erklärung den gewünschten Erfolg in der amerikanischen Presse hat. Die amerikanische Presse wartet anscheinend vergeblich auf das von der „Chicago Tribune“ in einer aus der Luft gegriffenen Londoner Meldung angekündigte neue englische Angebot.

Da England einen neuen Plan nicht hatte, wurde der alte im vorigen Jahre in Genf abgelehnte Plan aus der Schublade wieder hervorgeholt. Auf Grund dieser in Genf gemachten betrüblichen Erfahrungen erhielt Cushendun auf seinen Vorschlag hin die Anweisung, das englische Angebot schriftlich zu wiederholen. Es handele sich daher, wie hier betont wird, eigentlich nur um ein Memorandum. Für die Uebergabe einer Note wäre der gewählte Weg auch nicht der diplomatisch übliche gewesen.

England erwartet an sich keine Antwort auf dieses Memorandum, das also als eine Art Verlegenheitsprodukt anzusprechen ist. Man gibt sich hier auch keinerlei Selbsttäuschungen über die Wirkungen auf Amerika hin, da man weiß, daß Amerika das Kreuzerprogramm nicht von dem Linienschiffsprogramm trennen wird. Die praktische Bedeutung der englischen Note dürfte daher nur in der Vorbereitung der Atmosphäre für die Aussprache mit dem amerikanischen Admiral Jones zu sehen sein, der im vorigen Jahre Amerika auf der Dreimächtekonferenz vertrat.

England versucht gleichzeitig, Frankreich und Italien, die im vorigen Jahre die amerikanische Einladung abgelehnt hatten, wieder für den Verhandlungstisch der Signatarmächte zu gewinnen. Viel beachtet wird hier ein Zufall, der sich auf einer der letzten Tagungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission zutrug. Als der französische Delegierte eine Andeutung über die hinter den Kulissen vorgehenden Parallelverhandlungen machte, protestierte der italienische Delegierte und behauptete, von solchen Dingen nichts zu wissen, worauf der amerikanische Delegierte Gibson den Franzosen freundlich in Schutz nahm, da diese Dinge „doch allgemein bekannt seien“. Der Italiener wurde dann zu dem geheimen Konzil hinzugezogen.

Vom deutschen Standpunkt wird man die Wiederanknüpfung der im vorigen Jahre in Genf abgerissenen Fäden nur begrüßen können. Man wird sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß das Schwergewicht der Abrüstungsverhandlungen außerhalb des Völkerbundes verlegt wird.

*

New York, 27. 3.

Der Vorsitzende des Marineausschusses des Repräsentantenhauses Britten (Republikaner) veröffentlichte eine Erklärung, in der er sagte, die englischen Vorschläge zur Herabsetzung der Seerüstungen seien nur eine Geste, die auf die amerikanischen Pazifisten Eindruck machen solle und Japan auf Kosten der Vereinigten Staaten zugutekommen würde.

Fertigstellung des Zugspitztunnels

Der 520 Meter lange Tunnel unterhalb der Zugspitze, der die Bergstation der Seilbahn mit dem Plattferner verbindet, ist nunmehr durchgeschlagen. Die Ausputzungsarbeiten dürften etwa noch 14 Tage in Anspruch nehmen, so daß der Tunnel Anfang April für den Verkehr freigegeben werden kann. Am kommenden Sonntag findet eine Besichtigung durch eine Kommission statt, an der Vertreter der österreichischen und der bayerischen Regierung, darunter der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, teilnehmen werden. Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, sind neue Verhandlungen wegen eines Verkaufs der Zugspitzbahn im Gange.

Der Marineetat vor dem Reichstagsplenum

Tirpitz' Flottenpolitik — Küstenschutz und Panzerschiff
Die Demokraten unbelehrbar

Der Reichstag beschäftigte sich am Dienstag von früh 10 Uhr an mit dem Marineetat. Der Bericht über die Lohmann-Unternehmungen soll im Laufe des Tages als besonderer Komplex besprochen werden.

Der Sozialdemokrat Kuhnt findet die Marine überhaupt überflüssig, weil schon die starke kaiserliche Flotte ihre Aufgabe, die deutschen Handelswege zu schützen, nicht habe erfüllen können. Die verfehlte Flottenpolitik sei ausschlaggebend für den Zusammenbruch gewesen. Nach Meinung der Sachverständigen brauche man überhaupt keine Schiffe zum Küstenschutz. Der Redner griff auch die Personal- und Verwaltungspolitik der Marineleitung an. Er beschwerte sich darüber, daß auf einigen Schiffen der Klöppel der Schiffsglocke schwarz-weiß-rot angestrichen sei. (Große Heiterkeit bei der Mehrheit.) Kuhnt versprach dem Minister bei energischem Auftreten die Unterstützung der Sozialdemokratie.

Der Deutschnationale Treviranus erklärte, seine Fraktion werde den Marineetat und den Panzerschiffneubau bewilligen. Er befürwortete den Neubau des Panzerschiffes mit der Notwendigkeit eines wirksamen Küstenschutzes, wofür gerade das angekündigte Panzerschiff sehr geeignet sei, und fuhr fort:

Ich glaube, daß Graf Bernstorff gerade jetzt in der Lage ist, seinen Fraktionsgenossen ein besonders wirksames Privatissimum darüber zu halten, was Wehr und Rüstung in der Welt bedeuten. (Sehr richtig!) rechts.)

Treviranus verteidigte dann die Flottenpolitik der Vorkriegszeit und führte hierbei u. a. aus: Niemals ist eine bessere Flotte mit geringeren Mitteln gebaut worden. Selbstverständlich konnten wir mit unserem beschränkten Etat nicht das erreichen, was die englische Admiralität erreichte. Die bei uns übliche leidenschaftliche Suche nach dem oder den Schuldigen erschwert uns die sachliche und ruhige Beurteilung. Ich glaube mit dem Herrn Reichswehrminister darin einig zu sein, daß in der Marne-Schlacht die fehlenden Armeekorps zur Stelle gewesen wären, wenn man vor dem Kriege an Stelle der Flotte das Landheer stärker ausgebaut hätte. Heute aber müssen bezüglich des Flottenausbaus die geringeren Möglichkeiten, die uns der Versailler Vertrag auf diesem Gebiet einräumt, restlos ausgenutzt werden. Meine Partei steht nach wie vor einmütig hinter der Flottenpolitik des Großadmirals v. Tirpitz. Im Kriege hat Tirpitz weder den Flotteneinsatz durchsetzen können, noch die richtige U-Bootverwendung. Der Weltkrieg hat den Beweis dafür erbracht, daß die Entscheidung auf der See gefallen ist. Hätten wir stärkere Seestreitkräfte gehabt, dann wäre es uns möglich gewesen, die Hungerblockade zu durchbrechen und die amerikanischen Truppentransporte nach Frankreich zu unterbinden.

Der Redner dankte Tirpitz dem genialen Schöpfer der deutschen Flotte. Diesen Dank auszusprechen sei ihm Bedürfnis gerade jetzt, wo Tirpitz aus dem parlamentarischen Leben scheiden wolle. Der Redner schloß, das deutsche Volk müsse sein Lebensrecht auch zur See wahren. (Lebhafter Beifall rechts.)

Der Zentrumsabgeordnete Wegmann führte aus:

Wir begrüßen und unterstützen jede vernünftige Sparsamkeit; wir haben aber kein Verständnis dafür, daß der Reichsrat an einer Stelle Abstriche macht mit Rücksicht auf die Finanzlage und an anderer Stelle Erhöhungen beschließt.

Das Schlagwort der Gegenüberstellung von Kinderspeisung und Panzerschiff soll man vermeiden. Sollen die großen Ausgaben für die Marine nicht nutzlos ausgegeben werden, so müssen wir bessere und stärker geschützte Schiffe bauen. Das Zentrum bewilligt die 9 Millionen für den Panzer A, lehnt dabei aber die etwaige Inaugurierung einer neuen Angriffsflottenpolitik ab.

Das Ausland würde es nicht verstehen, wenn unser entwaffnetes Volk inmitten waffenstarrender Nachbarn selbst auf die geringen Verteidigungsmittel verzichten wollte, die uns der Vertrag von Versailles noch gelassen hat. Wir haben im Osten einen sehr unruhigen Nachbarn, der sich seiner Verantwortung nicht bewußt zu sein scheint. Wir müssen unsere Ostgrenze verteidigen können; dazu ist das Landheer auf die Unterstützung der Flotte angewiesen.

Die Abrüstung durch den Völkerbund macht ja gar keine Fortschritte. Wir müssen unsere veraltete Flotte allmählich ergänzen und ersetzen. Wir haben Vertrauen zu dem Minister, daß er es verstehen wird, den richtigen Geist in der Marine zu erziehen.

Der Volksparteiler Brüninghaus wies darauf hin, in wie vortrefflicher Weise unsere Auslandsschiffe die Ehre des deutschen Namens gewahrt und uns wieder Liebe und Achtung in der Welt erworben haben. Er pflichtete dem Abg. Treviranus bei, auch bezüglich der Flottenpolitik des Großadmirals v. Tirpitz. Er sagte: „Als England die Hungerblockade rücksichtslos gegen die nichtkämpfende Bevölkerung, Greise, Frauen und Kinder, durchführte, da ist die Entscheidung letzten Endes zur See und nicht auf dem Lande gefallen. Die Frage des Panzerschiffbaues ist außerordentlich aufgebauscht worden. Der Bau eines Schiffes von 10 000 Tonnen bedeutet immerhin einen ganz erheblichen Zuwachs an Kampfkraft für unsere Flotte.“

Der volksparteiliche Redner fuhr fort: „Wenn man der Ansicht ist, die beispielsweise neulich der preußische Ministerpräsident Braun geäußert hat, daß man überhaupt nur Schiffe bauen und überhaupt nur dann eine Wehrmacht aufziehen sollte, wenn man damit in die Lage versetzt wird, jedem Gegner standzuhalten, dann würden wir doch zu dem Schluß kommen müssen, es hat überhaupt keinen Zweck, für seine Land- oder Seemacht zu sorgen, wenn sie nicht die stärkste ist, die es gibt. Dann hätten also außer der amerikanischen und der englischen Flotte alle anderen keine Existenzberechtigung.

Wir wären durchaus in der Lage, das Ziel unserer Flottenpolitik — Schutz unserer Küste und unseres Seehandels — zu erreichen, wenn wir im Rahmen des Versailler Vertrages nach einem bestimmten Plan unsere Flottenneubauten durchführen würden. Wenn wir vollständig zur See abrüsten würden, so würde unsere Außenpolitik dadurch auf das ungünstigste beeinflußt werden.“

Der Demokrat Freiherr v. Richthofen gab eine längere Erklärung ab, in der die ablehnende Haltung gegenüber dem Panzerschiffbau aufrechterhalten wird.

*

Im Preußischen Landtag, der am Dienstag die dritte Lesung des Etats vornimmt, wurde zu Beginn der Sitzung dem greisen Zentrumsabgeordneten Dr. Porsch aus Anlaß seines 25jährigen Vizepräsidentenjubiläums eine Ovation bereitet. Sein Platz war mit Blumen geschmückt. Vizepräsident Dr. v. Kries brachte in einer Ansprache die Verehrung und den Dank des Landtags zum Ausdruck.

*

Reichskanzler Dr. Marx hat in einem Handschreiben dem Vizipräsidenten des preußischen Landtages, Herrn Dr. Dr. Posch, anläßlich seiner 25jährigen Vizepräsidentschaft seine wärmsten Glückwünsche ausgesprochen, desgleichen der Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Pünder und der preußische Ministerpräsident Dr. Braun.

Der Reichspräsident empfing Dienstag vormittag den Reichskanzler Dr. Marx. Es handelt sich bei der Besprechung um die Vorbereitungen für den Entwurf des Auflösungsdekrets.

Auf Grund der Montag erfolgten Mitteilung des Reichsinnenministers über den Wahltermin werden nunmehr die Landesbehörden die Gemeindebehörden anweisen, die Wählerlisten vorzubereiten. Ein Termin für die Auslegung der Wählerlisten wird vom Reichsinnenminister noch angeordnet werden.

Englands Vertrag mit Transjordanien

Ein britischer Resident als Vertreter des Oberkommissars

sx. **London**, 27. 3. (Eigenbericht)

Der am 20. Februar zwischen England und Transjordanien unterzeichnete neue Vertrag wird heute vom Foreign Office veröffentlicht. Nach diesem Vertrag verpflichtet sich der Emir von Transjordanien, einen britischen Residenten als Vertreter des englischen Oberkommissares in seinem Lande zuzulassen und die Kosten für diesen Residenten und seinen Stab zu tragen. Die Kosten für die englischen Truppen zur Verteidigung Transjordaniens und die Kosten für die Grenzwachen werden ebenfalls von Transjordanien übernommen. Die englische Regierung wird jedoch, solange wie Transjordanien nicht in der Lage ist, seinen Etat zu balancieren, Zuschüsse leisten oder Transjordanien Anleihen gewähren. Der Emir verpflichtet sich, bei der Erteilung von Konzessionen stets vorher englischen Rat einzuholen, also keinerlei Ausnutzung natürlicher Hilfsquellen des Landes oder den Bau und den Betrieb von Eisenbahnen und die Aufnahme von Anleihen an Ausländer zu vergeben, ohne vorher englischen Rat eingeholt zu haben. Der Emir verpflichtet sich ferner, keinerlei Gebietsabtretungen und keinerlei Gebietserwerbungen ohne englische Zustimmung vorzunehmen. Hierfür garantiert England das nominale Recht der Selbstverwaltung mit gewissen Einschränkungen, wonach nämlich der Emir alle Gesetze, die das Verhältnis Englands zu Transjordanien betreffen, dem britischen Residenten zur Genehmigung vorzulegen hat.

Aus Bagdad wird gemeldet, daß die Irakregierung eine strenge Zensur eingerichtet hat, so daß die englischen Korrespondenten nicht in der Lage sind, ihre Meldungen sofort weiterzuleiten. Der Sonderberichterstatter des „Daily Expreß“ berichtet, diese Zustände seien schlimmer, als er sie jemals in Irland oder Rußland erlebt habe.

Erfolglose Verhandlungen mit Nanking

Abgelehnte Klausel der Nationalregierung

sx. **London**, 27. 3. (Eigenbericht)

Die von dem englischen Gesandten Sir Miles Lampson in Schanghai mit der Nankingregierung geführten Verhandlungen über die Beilegung des Nankingzwischenfalles vom vorigen Jahre sind ergebnislos abgebrochen worden. Sir Miles Lampson hat Schanghai verlassen und kehrt nach Peking zurück. Der englische Konsul wird daher vorläufig nicht nach Nanking zurückkehren. Die Verhandlungen sind gescheitert, weil die Nankingregierung verlangte, daß in das zu schließende Abkommen eine Klausel aufgenommen würde, in der England die Beschießung Nankings bedauert und sich gleichzeitig zur Aenderung der bisherigen einseitigen Verträge mit China bereit erklärt. Hierzu hatte der englische Vertreter keinerlei Instruktion und mußte daher die Verhandlungen abbrechen.

Nach einer Meldung aus Schanghai sind in der englischen Konzession Chingkiang chinesische Soldaten in die britische Konzession eingedrungen und haben dort verschiedene Häuser besetzt. England hat einen Protest an die chinesischen Behörden gerichtet.

Aus Peking wird gemeldet, daß der Zinsendienst der anglo-französischen Anleihe von 1908 notleidend geworden ist. Die gestern fällig gewesene Quartalszahlung ist nicht erfolgt, trotzdem die Salzsteuerverwaltung noch über genügend Mittel verfügte. Es ist eine Differenz darüber entstanden, welche Ansprüche die Salzsteuerverwaltung zunächst zu befriedigen hat. Bevor diese Frage nicht geregelt ist, sollen keine weiteren Bezahlungen von Anleihezinsen erfolgen.

Wirtschaftliche Verluste in Südtirol

Eine Denkschrift der Südtiroler Abgeordneten an Mussolini

kbg. **Wien**, 27. 3. (Eigenbericht)

In einer Denkschrift der Südtiroler deutschen Abgeordneten, die dem italienischen Ministerratspräsidium überreicht worden ist, haben diese in eingehender Darlegung der Verhältnisse nachgewiesen, daß Südtirol im ersten Jahrzehnt der italienischen Herrschaft wirtschaftlich einen Verlust von 3 Milliarden Lire zu verzeichnen habe.

*

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Bozen die Verhaftung von zwei Deutschen namens Habicher und Plange in St. Valentin, die beschuldigt werden, den italienischen Unterricht „sabotiert“ zu haben. Es wird den Verhafteten zur Last gelegt, daß sie vor dem Eingang zur Volksschule einen Baumstamm aufgestellt hätten, der umgefallen sei, als die Kinder die Volksschule verlassen hätten.

Turati über die Politik in Südtirol

fr. **Mailand**, 27. 3. (Eigenbericht)

Bei der Anwesenheit des fascistischen Parteisekretärs Turati in Bozen in der vergangenen Woche anläßlich der Beisetzungsfeierlichkeiten für den in Libyen gefallenen Südtiroler Wackernell hat der fascistische Provinzsekretär Abgeordneter Giarratana, der die italienische Politik in Südtirol führt, eine Rede gehalten, die nicht in die italienische Presse gelangt ist, die aber doch interessant genug erscheint, um noch nachträglich berichtet zu werden.

Giarratana hat nämlich eine sehr pessimistische Darstellung von den bisher in seinem Tätigkeitsbereich erzielten Erfolgen der italienischen Politik gegeben. Im Handel und in der Landwirtschaft habe sich der italienische Einfluß kaum durchgesetzt, und auch bei den Arbeitern und Angestellten seien die erzielten Erfolge höchst problematisch.

Er stellte darum die Forderung, daß nun reiner Tisch gemacht würde. „Die draußen schreien ja doch“, sagte er, „also laßt uns den Zahn einfach ausreißen“, was wohl heißen soll, mit rücksichtsloser Gewalt weiter vorgehen. Dem widersprach aber Turati, indem er erklärte: „Ihr habt es hier gewiß schwer, aber wir in Altitalien sehen nicht so pessimistisch wie Ihr. Die Italiener sind nicht nach Südtirol als Eroberer oder als Gäste gekommen, sondern auf Grund des „Sieges“. Die Zukunft, die Jugend gehört uns, die jetzt in der Balilla-Organisation erzogen wird.“

Entschließung eines amerikanischen Sozialisten

a. **Paris**, 27. 3. (Eigenbericht)

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat der Abgeordnete Victor Berger gestern im Repräsentantenhaus eine formelle Entschließung eingebracht, die darauf abzielt, daß die Vereinigten Staaten ihre gesamten Beziehungen mit Rumänien abbrechen sollen, weil die rumänische Regierung die nationalen und politischen Minderheiten ihres Landes unterdrücke.

„Die Grausamkeiten, die Brutalitäten“, erklärte Berger bei der Vorlage der Resolution, „die bei einigen europäischen Nationen einschließlich Rumänien gang und gebe sind, beweisen wieder einmal, wie töricht es gewesen war, als wir Menschenleben und Geld auf den Schlachtfeldern Europas opferten, um den Bestand gerade dieser Nationen zu verewigen.“

Berger ist das einzige sozialistische Mitglied des amerikanischen Kongresses.

Italienische Anleihefragen

fr. **Mailand**, 27. 3. (Eigenbericht)

Die Meldungen über eine bevorstehende Dollaranleihe für die italienische Staatsbahn werden heute in einer offiziellen Note in aller Schärfe dementiert. Es erscheint naturgemäß ausgeschlossen, daß die Gerüchte, die von Amerika ihren Ausgang nehmen, ganz aus heiterem Himmel gekommen sein können. Dafür hat man das Anleiheproblem doch schon zu lange und zu eingehend außerhalb und jetzt auch innerhalb Italiens erörtert. In den Dementis wird nun gegen die Art des vorgeschlagenen Anleihedienstes polemisiert, weil dort gesagt wird, daß der Staat dafür einzuspringen habe. Es wird also wohl der Finanzminister gewesen sein, der gegen das Projekt seines Kollegen, des Verkehrsministers, aus finanztechnischen Gründen Front macht.

*

In ganz Italien wurde die sogenannte Leva Fascista, das heißt der Uebertritt der Avanguardisten in die Miliz, feierlich begangen. 80 000 junge Milizsoldaten erhielten zum Zeichen ihrer neuen Würde das Gewehr überreicht. Dieser Ritus wird jetzt zum zweiten Male am Gründungstage des Fascio di Combattimento, der ersten Schöpfung Mussolinis, die die Urzelle des Fascismus ist, begangen.

Rede des norwegischen Ministerpräsidenten auf dem Ibsenbankett

tn. **Oslo**, 27. 3. (Eigenbericht)

Auf dem großen Bankett, das die norwegische Regierung als Abschluß der Ibsenfeier in Oslo gab, hielt Ministerpräsident Mowinckel eine bedeutungsvolle Rede, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß aus dem geistigen Europa, das sich in schöner Harmonie zur Ehrung Ibsens in Oslo habe repräsentieren lassen, ein auch sonst friedlich geeintes Europa sich entwickeln möchte.

Mowinckel ging davon aus, daß es ja nicht das Norwegische an Ibsen sei, das uns alle in diesen Festtagen binde, sondern der Umstand, daß er zu den Menschen gehöre, die eine internationale Brüderschaft bedeuten. „Wir wissen alle“, fuhr der Redner fort, „daß Dante Italiener, Shakespare Engländer, Goethe Deutscher, Victor Hugo Franzose, Tolstoj Russe, Strindberg Schwede waren, aber wenn ihre Gedanken Widerhall wecken, so kommt das daher daß es Gedanken sind, die in den Herzen aller Menschen ohne Rücksicht auf ihre Nationalität Widerhall wecken müssen. Diese Fähigkeit des Geistes, die Grenzen zwischen den Völkern niederzureißen, möchte ich heute abend unterstreichen, und gerade als Politiker möchte ich diesen Hinweis darauf an eine weitere Adresse richten.

Möchten wir bald dahin kommen, daß das unheimliche Gespenst, das noch immer die Völker trennt, für ewig zerflattert.

Ich schließe meine Rede mit dem Wunsche der Verständigung zwischen allen Völkern, einer Verständigung nicht nur im Geiste, sondern in der Wahrheit, und richte diesen Wunsch an die Adresse unserer fremden Gäste.“

An dem Bankett der Regierung nahmen außer den ausländischen Delegierten und Vertretern des norwegischen Geisteslebens, Mitglieder des Ministeriums, des Stortings und die Chefs der diplomatischen Missionen, darunter auch der deutsche Gesandte Dr. Rhomberg teil.

sx. **London**, 27. 3. (Eigenbericht)

Nach Meldungen aus Madrid hat Spanien die Absicht, Portugal eine Anleihe zu gewähren, stößt jedoch hierbei auf portugiesischen Widerstand.

Am 22. März ist in Prag von dem Gesandten Dr. Eckardt deutscherseits und von dem Kommissar für Grenzangelegenheiten, Ingenieur Roubik, tschechoslowakischerseits ein deutsch-tschechoslowakischer Vertrag über die Grenzoder unterzeichnet worden, dem mehrtägige Verhandlungen in Prag zwischen deutschen und tschechoslowakischen Regierungsvertretern vorausgegangen sind. Der Vertrag bezieht sich in der Hauptsache auf die Unterhaltung und den Ausbau der Strecke der Oder zwischen der Eisenbahnbrücke bei Annaberg und der Olsamündung, der die deutsch-tschechoslowakische Grenze zum Teil folgt und sie an verschiedenen Stellen durchschneidet.

Die Gefährdung der deutsch-russischen Freundschaft

Von unserem Berichterstatter

Moskau, 24. 3.

Die Moskauer Presse hüllt sich nach der ersten aufsehenerregenden Sensationsmache seit einer Woche in völliges Schweigen über die Frage der angeblich aufgedeckten gegenrevolutionären Verschwörung im Dongebiet und über die Anklage gegen die deutschen Sachverständigen, was ohne Zweifel auf eine Weisung des Außenkommissariats zurückzuführen ist. Auch der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Schwarz, der eine Studienreise ins Dongebiet zur Prüfung der dortigen „Umtriebe“ unternommen hatte, erwähnt in den von den Zeitungen veröffentlichten Auszügen seines Reiseberichts mit keinem Wort die angeblich hochverräterischen Machenschaften, sondern ergeht sich lediglich über die unbefriedigenden sozialen und kulturellen Verhältnisse der Arbeiter im Dongebiet, die nach diesen Mitteilungen zweifellos ungleich ungünstiger sind als die von den Kommunisten so viel kritisierten Verhältnisse der deutschen Bergarbeiter.

Der Außenkommissar Tschitscherin hat dem deutschen Botschafter Brockdorff-Rantzau offiziell mitgeteilt, daß auf Grund §§ 86 und 87 des russischen Strafgesetzes — also wegen gegenrevolutionärer Betätigung — die Anklage gegen drei deutsche Staatsangehörige — einen Ingenieur und zwei Monteure — erfolge. Nachdem bereits zwei der ursprünglich Angeklagten freigesprochen worden sind, ergibt sich, daß es sich anfangs nicht, wie behauptet wurde, um sechs, sondern nur um fünf verhaftete reichsdeutsche Fachleute gehandelt haben kann. Schon dieser Irrtum und die ursprünglichen Anschuldigungen gegen die dann als schuldlos freigelassenen beiden Deutschen, Ingenieur Goldstein und Monteur Wagner, kennzeichnen die Fahrlässigkeit der Anklage.

Die Mitteilung Tschitscherins kann keinesfalls als eine befriedigende Erfüllung des deutschen Ersuchens um Angabe der Gründe der Anklage gewertet werden. Eine befreundete Regierung hätte erwarten dürfen, daß ihr der Außenkommissar im Hinblick auf die große Erregung in Deutschland und die Tragweite dieses Vorfalls für die betroffenen Wirtschaftskreise zum mindesten mitgeteilt hätte, auf Grund welchen aufgedeckten Tatbestandes eine so ungeheuerliche Beschuldigung gegen bewährte Angestellte hochangesehener deutscher Firmen erhoben worden ist. Ebenso würde es zur Beschwichtigung der deutschen Empörung über die Rechtsunsicherheit unserer Staatsbürger in der Sowjetunion beigetragen haben, wenn man die vom deutschen Botschafter auf Grund § 11 des Niederlassungsvertrages geforderte Zulassung eines deutschen Konsularbeamten zu den Verhafteten sofort gewährt hätte, statt sie noch immer hinauszuzögern.

In der Praxis der Sowjetgerichtsbarkeit ist es mehrfach vorgekommen, daß sich zunächst zu politischen Haupt- und Staatsaktionen aufgebauschte Ereignisse nachträglich als eigentlich verhältnismäßig harmlos herausgestellt haben. Wenn es sich tatsächlich in der auf die erste Aprilhälfte angekündigten Verhandlung, die erfreulicherweise in Moskau und vor aller Oeffentlichkeit stattfinden soll, herausstellen würde, daß die drei angeklagten Deutschen aktiv in Sabotageakte oder andere ungesetzliche Handlungen verwickelt wären, so würde ihre Handlungsweise im Interesse des deutschen Ansehens in der Sowjetunion sicher sehr bedauert werden müssen. Selbst in diesem recht unwahrscheinlichen Falle würde aber die seitens leitender russischer Stellen zutage getretene Tendenz, die Verfehlungen von Angehörigen einer befreundeten Nation nicht schonend zu vertuschen, sondern ganz im Gegenteil übertreibend anzuprangern, als eine recht unfreundliche Haltung gegen das Deutsche Reich bewertet werden müssen — als

Jubiläum zweier Aerzte

Boas und Pfeiffer

Am Mittwoch begeht der Geh. Sanitätsrat Prof. Dr. Ismar Boas seinen 70. Geburtstag. Die Aerzteschaft Deutschlands und der Welt feiert in ihm den Vater des Sondergebiets der Magen- und Darmkrankheiten, das er in eigener Arbeit begründet und weitgehend ausgebaut hat. Viele hunderte dankbarer Patienten werden sich zugleich ihres Arztes erinnern.

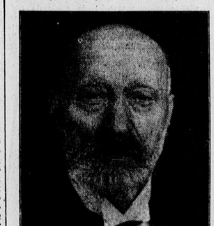
Boas ist ein Selfmademan in der Medizin; er hatte sich während seiner ganzen Laufbahn gegen allerlei Schwierigkeiten finanzieller und sonstiger Natur durchzusetzen, und es wurde ihm oft sehr schwer gemacht. Er hat 1882 als praktischer Arzt in Berlin angefangen und damals gleichzeitig noch die Stelle eines Nachtwacharztes bei der Sanitätswache wahrgenommen. Von früh an begann er zu schriftstellern, und bald geriet er auf das Gebiet, das er später mit so viel Erfolg beackern sollte. Der Universität hat er niemals angehört dennoch ist er ein Lehrer der Welt geworden.

Eine große Reihe von Schülern hat er ausgebildet, die heute über alle Erdteile verstreut sind. Die Zahl seiner Arbeiten ist ungewöhnlich groß. Einige zusammenfassende Werke und Lehrbücher erfreuen sich allgemeiner Verbreitung. Vor allem sein Lehrbuch der Magen- und Darmkrankheiten, das eine große Anzahl von Auflagen erlebt hat und in vier fremde Sprachen übersetzt wurde. Auf mehreren internationalen Kongressen konnte er sein Fach mit Referaten vertreten. Besonders verdient hat er sich um die Lehre von den Blutungen beim Magengeschwür erworben. Boas liegt noch heute in voller Frische und Arbeitsfähigkeit seiner ärztlichen und wissenschaftlichen Beschäftigung ob.

*

Eine ganz andere Laufbahn hat Richard Pfeiffer hinter sich, einer der größten Bakteriologen und Hygieniker der Gegenwart und einer der wenigen noch lebenden Schüler Robert Kochs, der dasselbe Fest begeht wie der große Magenarzt. Pfeiffer begann als Militärarzt, wofür er in der Kaiser-Wilhelm-Akademie, der sogenannten Pepinière, vorgebildet war. Zur Bakteriologie kam er durch ein medizinisches Kommando, das ihn 1887 zu Robert Koch in das Berliner Institut schickte. Bald hatte er sich dort seine ersten Lorbeeren erworben und wurde von Koch als dauernder Mitarbeiter übernommen. Zwei Jahre später war er bereits Abteilungsvorsteher in dem neuen Institut für Infektionskrankheiten. Er kam 1899 als ordentlicher Professor für Hygiene nach Königsberg und zuletzt in derselben Stellung nach Breslau, wo er bis zu seiner Emeritierung vor zwei Jahren blieb.

Pfeiffers wissenschaftliche Arbeiten sind für die Bakteriologie und Immunitätslehre in vieler Hinsicht grundlegend und haben Weltruf erlangt. Sie brachten Klarheit in die Gifte, die im



Prof. Dr. Ismar Boas.

Bakterienleib enthalten sind und in die Art der Gegenmittel, die der Körper seinen Feinden, den kleinen Eindringlichen, entgegenzustellen vermag. Seinen Untersuchungen entstammt der heute allgemein gemachte Unterschied zwischen den Heilsera, die gegen die Bakterien selbst und denen, die nur gegen die Bakteriengifte wirken. Ferner entstammt ihm eine Anzahl diagnostischer Methoden der Serologie. Die größte praktische Bedeutung dürften jedoch seine Untersuchungen über die aktive Festigung gegen Typhus- und Choleraerreger erlangt haben, die bekanntlich im Weltkriege in größtem Maße erprobt wurden.

Eine weitere berühmte, wenn auch noch immer in ihrer Bedeutung umstrittene Erkenntnis, ist die Entdeckung des Influenza-Bazillus im Jahre 1890. Es war dies ein Werk von größter Schwierigkeit, da es zunächst nicht gelingen wollte, den neuen Bazillus aufzuzüchten. Ob der Pfeiffersche Bazillus auch bei der großen Grippe-Epidemie der Kriegs- und Nachkriegsjahre beteiligt ist, wissen wir bis heute noch nicht genau.

Es sind hiermit nur die wichtigsten Arbeiten Pfeiffers genannt. Er war dauernd und unermüdlich wissenschaftlich tätig und arbeitet auch heute noch weiter in seinem Institut. Eine große Anzahl wissenschaftlicher Ehrungen ist ihm zuteil geworden.

Dr. R. W.

Das Schutzkartell Deutscher Geistesarbeiter (Berlin-Nikolassee, Lückhoffstraße 24), das sich aus 43 großen Verbänden mit 459 030 Mitgliedern zusammensetzt, hielt am 23. März 1928 in einem Saal des Reichswirtschaftsrats seine ordentliche jährliche Vertreterversammlung ab. An der Hand des gedruckt vorliegenden Jahrbuches für 1927 gab der Vorsitzende D. Dr. Otto Everling einen Ueberblick über die Aufgaben und Arbeiten des Schutzkartells. Eingehend behandelt wurde eine rechtverstandene Sozialpolitik für Geistesarbeiter. Die vom Reichsarbeitsministerium angeregte Ausdehnung der staatlichen Versicherung auf selbständige freie Berufe wurde lebhaft besprochen und beschlossen, die Auffassung der im Schutzkartell vertretenen Verbände festzustellen und möglichst anzugleichen. Man sprach ferner über die Folgen, die das Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung für die Berufsberatung und Stellenvermittlung der Berufsvereine der Geistesarbeiter hat, und über das Verhältnis zu dem öffentlichen Arbeitsnachweise, der Ausschüsse für die Geistesarbeiter nicht vorsieht. Die Vertreterversammlung beauftragt die Leitung des Schutzkartells, beim neuen Reichstag für eine entsprechende Abänderung und Anwendung des neuen Gesetzes einzutreten. Lebhaft bedauert wurde, daß die vom Schutzkartell eingeleitete Nothilfe für betagte, durch die Währungszerrüttung notleidend gewordene Geistesarbeiter nicht durchgeführt worden ist. Das Schutzkartell will nach Beschluß der Vertreterversammlung versuchen, die neue Reichsregierung demnächst für seine Auffassung erneut zu gewinnen.